

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Band: 29 (1950)
Heft: 1

Artikel: Südtirol 1949 : ein Problem auf dem Wege der Lösung
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336445>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

lung der Weimarer Zeit sich wiederholt. Man hat bislang alle, die für sie verantwortlich waren, weitgehend wieder reaktiviert, und sie agieren, wie zu erwarten stand. Völlig versäumt wird dagegen die Aktivierung der großen Reserve an Friedenssehnsucht und Gerechtigkeitswillen im einfachen Volke. Der ruhige Beobachter konnte in diesen angespannten letzten Wochen wieder einmal feststellen, wie besonnen und zugleich entschlossen die Haltung war, als man die sozialistische Arbeiterschaft aufrief, gleich fern von Erregung wie von Entmutigung. Darin liegt nicht nur für Deutschland die Hoffnung, das seinen langsamen Wiederaufbau ihrer zähen Treue verdankt, sondern auch für das übrige Europa, für das durch ein neo-nazistisches oder auch nur ein autokratisches, rechtsradikales Deutschland erneute Katastrophen drohen. Die werden niemals abgewendet werden durch wirtschaftliche Repressionen — die letzten vier Jahre sollten das erwiesen haben —, aber auch nicht durch Paktieren und Gunstbeweise an die alten, heute bereits so machtbewußten herrschenden Gruppen, sondern nur durch Verständnis und Hilfe für die so schwer kämpfende Demokratie, die in Deutschland nur als soziale Demokratie, nur durch den demokratischen Sozialismus eine Zukunft hat, wie Skandinavien ihn pflegt, wie er in England heute seine schwere Bewährungsprobe erlebt. Deutschlands Arbeiterschaft kämpft für Europa, und ihre Besten sind sich dessen durchaus bewußt.

F. M.

J. W. BRÜGEL

*Südtirol 1949 —
ein Problem auf dem Wege der Lösung*

Bozen, im November.

Mit zwei Ausnahmen wurden alle sich aus der Anwesenheit nationaler Minderheiten ergebenden Probleme in Mittel- und Osteuropa nach dem letzten Kriege einer Scheinlösung zugeführt, die in deren physischer Entfernung aus der Heimat bestand. Sosehr hatten die nazistischen Verbrechen das Gewissen der Welt abgestumpft, daß es diese Vorgänge billigte, ja kaum zur Kenntnis nahm, die zehn Jahre vorher undenkbar gewesen wären, als noch das Roosevelt'sche Wort Geltung hatte, daß die zivilisierten Völker es ablehnen, einen Menschen für die Verbrechen eines anderen zu strafen. In zwei Fällen hat man nicht zum Mittel der Massenausreibung nationaler Minderheiten gegriffen: bei den Deutschen und Ungarn Siebenbürgens und bei den Südtirolern. In beiden Fällen war es nicht ein Sieg der politischen Vernunft über blinde oder als blind hingestellte Leidenschaften. In Rumänien war es die kommunistische Strategie, die in der Anwesenheit deutscher und hauptsächlich ungarischer Minderheiten einen Vorteil für ihre Zwecke sah, so wie sie in anderen Ländern in der Aufputschung der nationalistischen Instinkte den Schlüssel zum Sieg erblickte. In Südtirol war es der Umstand, daß Italien weder zu den Siegermächten gehörte noch der Sowjetsphäre zugefallen war, der es verhinderte, daß es zum Äußersten kam. «Eines schickt sich nicht für alle»: wer brav war, durfte seine

anderssprachigen Mitbürger zu Freiwild machen, wer weniger brav gewesen war, wurde mit dem Zwang zur gerechten Behandlung der Minderheiten bestraft.

Manchen der Belohnten dürfte es inzwischen aufgedämmert sein, daß es ein rechtes Danaergeschenk war, das man ihnen hatte zukommen lassen, und die Italiener, von denen viele ursprünglich über den Zwang, sich in der Politik so zu benehmen, wie es im Privatleben eine Selbstverständlichkeit ist, geseufzt und gejammert hatten, werden wahrscheinlich in Kürze bemerken, daß die ihnen aufgezwungene Autonomie für die Südtiroler die einzige Möglichkeit für Italien ist, ein Land, in dem man sie bisher als — noch dazu brutale — Eroberer betrachtet hatte, innerlich für sich zu gewinnen. Durch den Friedensvertrag von Saint-Germain war nicht nur das Trentino zu Italien geschlagen worden, wogegen billigerweise niemand etwas einwenden konnte, sondern auch die nördlicher gelegenen deutschsprachigen Gebiete des vormaligen österreichischen Kronlands Tirol bis zum Brenner, weil Italien auf der «strategischen» Brennergrenze beharren zu müssen glaubte. Im weiteren Verlaufe der Gegebenheiten haben sich die Italiener keineswegs am Brenner gegen eine deutsche Aggression verteidigt, sondern Mussolini hat gerade dort ganz Italien Hitler zu Füßen gelegt. So diskreditiert der Gedanke einer strategischen Grenze Italiens gegen Deutschland nach dem Krieg auch war, konnten sich die Sieger doch nicht entschließen, ein ein Vierteljahrhundert vorher begangenes eklatantes Unrecht, dessen Vorwände inzwischen in Wegfall gekommen waren, wiedergutmachen und der von der ursprünglichen Bevölkerung des Landes begehrten Wiedervereinigung Südtirols mit Österreich zuzustimmen. Mag sein, daß diese Entscheidung durch die Tatsache beeinflusst war, daß sich in den letzten Jahrzehnten weitgehende Verflechtungen der Südtiroler mit der italienischen Wirtschaft herausgebildet haben. Die wichtigste Erwägung war aber doch wohl, daß man einem zugunsten der Siegermächte stark reduzierten Italien — auch die Franzosen hatten den Italienern, mit denen sie zwei Jahre darauf eine Zollunion abgeschlossen haben, rasch noch zwei Dörfer abgenommen — nicht auch noch Opfer zugunsten Österreichs auferlegen wollte. So kam es zu dem unter den Auspizien der Großmächte abgeschlossenen Vertrag zwischen Italien und Österreich, in dem sich Österreich ins Unvermeidliche fügte und Italien den Südtirolern Autonomie versprach.

Die Italiener haben sich nicht sehr beeilt, dieses Versprechen auch zu erfüllen, aber man muß gerechterweise zugeben, daß das nachfaschistische Italien eine Reihe schwerwiegender Existenzprobleme zu lösen hatte und daß daher die Geneigtheit zur Lösung eines — mit Recht oder Unrecht — unpopulären Problems nicht allzu groß war. Trotzdem kann man sagen, daß die Bestimmungen des Vertrages von 1946 heute im großen und ganzen erfüllt sind. Heißsporne gibt es natürlich noch auf beiden Seiten, Neofaschisten bei den Italienern und Nazi unter den Deutschen, die über alles und jedes querulieren, aber noch immer nicht sehen wollen, daß es Hitler war, der sie ins Unglück gebracht hat. 1945 und 1946 bestand in Südtirol eine starke Bewegung für die Rückgliederung an Österreich, obwohl die Lebensverhältnisse dort wesentlich schlechter waren als in Italien. Heute ist von dieser Bewegung kaum noch etwas zu spüren; zwar haben sich die Verhältnisse in Österreich seither zum Besseren gewendet, lassen aber keinen Vergleich mit dem hohen Lebensniveau Südtirols zu, das jetzt auch weit über dem für Italien typischen liegt. Südtirol ist eine der reichsten Provinzen Italiens geworden, und obwohl sich im Fremdenverkehr das Ausbleiben der Deutschen und Österreicher, der Tschechoslowaken und Ungarn stark fühlbar macht, kann man doch sagen, daß der allgemeine, Italiener

aus dem Süden anlockende Wohlstand viel zur Beruhigung der Gemüter beigetragen hat. Viel, aber nicht alles. Der Rest ist auf das Konto der Wandlungen in der Nationalitätenpolitik Italiens zu schreiben.

Die in dem Vertrag zwischen Italien und Österreich vom 5. September 1946 verheißene Autonomie wurde aber nicht der unter dem Namen «Alto Adige» bekannten italienischen Verwaltungseinheit Südtirol, sondern dieser zusammen mit dem fast völlig italienischen Trentino gewährt, obwohl die beiden Provinzen zwar eine altösterreichische Vergangenheit, aber kaum irgendwelche Gegenwartsprobleme gemeinsam haben. Der einzige Grund für diesen an sich ganz unmotivierten Schritt war die Angst vor der Schaffung einer autonomen Region mit einer nichtitalienischen Mehrheit. Alle Bemühungen, diese gewaltsame Auslegung des Vertrags zu verhindern, scheiterten in der Hauptsache; sie hatten aber das nicht unwichtige Ergebnis, daß neben dem Regionallandtag mit dem Sitze in Trient, in dem die Südtiroler in der Minderheit sind, für Südtirol und das Trentino je ein Provinziallandtag geschaffen wurde. Die Regelung der Fragen des Schulwesens gehört unter anderem in die Kompetenz des in Bozen tagenden Provinziallandtags, der eine deutsche Mehrheit hat. Deutsch gehaltene Reden werden im Provinziallandtag deutsch protokolliert, im Regionallandtag aber nur italienisch. Es gibt ein gut ausgestattetes deutsches Schulwesen; der Unterricht wird von Lehrkräften erteilt, die die deutsche Muttersprache haben. Italienisch unterrichten an den deutschen Schulen Italiener, was sicherlich nur vernünftig ist. Gegenwärtig sind Verhandlungen mit dem Ziele im Gange, den Südtirolern den Besuch österreichischer Hochschulen und die nachherige Anerkennung dort erworbener Diplome zu ermöglichen. Die Zweisprachigkeit bei den Behörden ist noch nicht hundertprozentig durchgeführt. Man bekommt oft auf deutsche Fragen italienische Antworten, was aber nicht auf bösen Willen, sondern auf mangelnde Sprachenkenntnisse zurückzuführen ist. Das führt zu dem wichtigen Problem, ob man die Südtiroler ein Periökenleben außerhalb der Sphäre der Staatspolitik führen läßt oder ob sie die Möglichkeit haben, ihrer Zahl entsprechend auf die Führung der Staatsgeschäfte Einfluß zu nehmen und eine Vertretung im Beamtenapparat zu erzielen.

Nach dieser Richtung wird bei den Südtirolern über Mangel an Entgegenkommen auf italienischer Seite geklagt, aber zugegeben, daß bei der Eisenbahn auch wieder Einheimische beschäftigt sind. Die Italiener wieder sagen, daß mancher freie Posten im Staatsdienst mit Südtirolern besetzt werden könnte, daß sich aber angesichts der jämmerlichen Bezahlung der italienischen Staatsbeamten kaum irgendwelche Bewerber deutscher Nationalität finden. Eine Überprüfung dieser Behauptungen hat ergeben, daß sie beide stimmen. Unter der einheimischen Bevölkerung gibt es keine Arbeitslosen, und die Südtiroler ziehen gute Verdienstmöglichkeiten in der Privatwirtschaft vor. Eine dauernde Lösung des Komplexes der nationalpolitischen Fragen scheint aber bei der Aufrechterhaltung einer solchen staatsfernen Einstellung von Menschen, die in einer Art von nationalem Naturschutzpark leben, kaum möglich.

Das schwierigste der sich aus der unseligen Vergangenheit ergebenden Probleme ist das der sogenannten Optanten. Bekanntlich haben noch vor dem Krieg Hitler und Mussolini die Südtiroler gezwungen, sich entweder für die Übersiedlung ins Dritte Reich oder für die völlige Italienisierung zu entscheiden: die unselige Idee der Verpflanzung von Menschen aus ihrer Heimat, ihrer nationalen Zugehörigkeit wegen, hat damit Wurzel gefaßt (wenn man von dem türkisch-griechischen und bulgarisch-griechischen Bevölkerungsaustausch nach dem ersten Weltkrieg absieht.) Viele Südtiroler, aber

beileibe nicht alle, haben sich damals für die erste Alternative entschieden. Soweit sie der Zusammenbruch 1945 in Deutschland oder Österreich antraf, drängten sie nach Hause. Viele Optanten haben aber Südtirol nur im Geiste verlassen, sind jedoch immer noch dort; ihr Status ist völlig ungeklärt. Die Italiener wehren sich dagegen, diesen im Land sitzenden Menschen die italienische Staatsbürgerschaft zurückzugeben und sie wieder in den ungeschmälernten Besitz ihres Vermögens zu bringen. Sie wehren sich auch gegen einen zu starken Rückstrom der Optanten aus dem Ausland, und das Gesetz zur Regelung dieser Frage, das zu erlassen sie verpflichtet waren, wird von italienischer Seite so restriktiv als nur möglich ausgelegt. Zwar wird jedes Rücksiedlungsgesuch zunächst einer Kommission zur Begutachtung vorgelegt, die aus einem Richter als Vorsitzenden und je zwei Südtirolern (einer von ihnen ein Sozialdemokrat) und zwei Italienern besteht. Dieses Gutachten ist aber für die Behörden nicht bindend, das Innenministerium in Rom entscheidet nach eigenem Ermessen und auch ein an sich zulässiger Rekurs gegen eine negative Entscheidung wird von einer rein italienischen Instanz (Staatsrat) ohne jede Hinzuziehung von Vertretern der Südtiroler Bevölkerung erledigt. Man würde verstehen, wenn die italienische Haltung darauf hinausläufe, den Zuzug nazistischer Elemente zu verhindern — wiewohl eigentlich nicht recht einzusehen ist, warum unter einem Regime, das die kleinen Faschisten nicht nur ungeschoren, sondern auch im Amt läßt, die kleinen Nazi diskriminiert werden sollen —, aber es geht offenkundig bloß darum, durch buchstäbliche Auslegung des Abkommens die Zahl der Rückwanderer soweit als möglich zu begrenzen. Eine etwas großzügigere Durchführung der übernommenen Verpflichtungen würde vielleicht die Lage im Augenblick etwas erschweren, dafür aber bleibende Früchte tragen.

Leider ist die einzige italienische politische Partei, die nicht nur in Worten, sondern auch in Taten bewiesen hat, daß sie sich der Notwendigkeit bewußt ist, vom Faschismus in Südtirol begangenes Unrecht gutzumachen, nämlich die Partito Socialista dei Lavoratori Italiani (Saragat) zusehr mit eigenen Problemen beschäftigt und außerdem nicht stark genug, um Entscheidendes durchsetzen zu können. (Mit Hilfe der Saragatpartei haben die Südtiroler Sozialisten zum Beispiel eine Vertretung im Bozener Gemeinderat erlangt.) Die absolute Abhängigkeit der Nenni-Partei (Partita Socialista Italiano) von den Kommunisten drückt sich auch in der Unterstützung des von diesen gepredigten autonomiefeindlichen Zentralismus aus. Einige Unterstützung finden die Aspirationen der Südtiroler zwar auch bei einzelnen Funktionären der Partei de Gasperis, aber im wesentlichen verhalten sich die italienischen Klerikalen eher zurückhaltend, obwohl Südtirol ein gut katholisches Land ist; in diesem Fall funktioniert die schwarze Internationale nicht sehr hervorragend. Auf deutscher Seite gehören die drei Abgeordneten und zwei Senatoren, die im Parlament in Rom sitzen, alle der (katholischen) Südtiroler Volkspartei an, die sich ein Monopol der Interessenvertretung der Südtiroler beigelegt hat, zweifellos ein ungesunder Zustand, der naturgemäß dazu führen muß, daß sich die Partei der nazistischen Elemente ebenso annimmt wie aller anderen. Es wäre Sache der sozialistischen Bruderparteien, den Neuaufbau der Südtiroler Sozialdemokratie als einer sozialistischen Alternative moralisch und materiell zu fördern — an sich sind alle Voraussetzungen für ein Aufblühen einer sozialistischen Bewegung gegeben.

Es ist noch manches zu tun, um den dauernden Erfolg des Südtiroler Autonomie-experiments sicherzustellen. Manches, was schon getan wurde, entsprang nicht so sehr italienischer Bereitwilligkeit als Anordnungen der anglo-amerikanischen Besatzungs-

truppen, so die deutschen Schulen und die Wiederezulassung der deutschen Sprache. Trotzdem sind die Eindrücke, die der Besucher erhält, vorwiegend positiv. Es scheint, daß das Problem doch auf dem Wege einer die Lebensrechte der einheimischen Bevölkerung sichernden Lösung ist. Sie wickelt sich abseits der Heerstraße der großen Politik ab und ist vielleicht auch nur deshalb möglich. Aber sie mag einmal der großen Politik als Vorbild dafür dienen, wie man auch mit einem Minimum an gutem Willen ein wichtiges Stück Befriedungsarbeit schaffen kann.

FELIX STÖSSINGER

Joseph Bloch: Schicksal und Vermächtnis

«So geht der schöpferische Politiker wie der Religionsstifter an seinem Werk zugrunde; aber das Werk bleibt nun als Aufgabe bestehen und zwingt die Nachgeborenen, es zu vollenden.»
Joseph Bloch

Lesern meiner Hinweise auf Zeitschriften in der «Roten Revue» ist es vielleicht aufgefallen, daß ich in fünf von neun Beiträgen auf die «Sozialistischen Monatsblätter» («SM») oder ihren Herausgeber, Joseph Bloch, hingewiesen habe, ohne näherer persönlicher Umstände Erwähnung zu tun. Das holt nun *Anna Siemsen* in ihrem Artikel *Der Europäer Joseph Bloch* («Rote Revue», November 1949) mit dem Satze nach: «Während langer Jahre teilte er (Bloch) sich Felix Stössinger mit.» Aber sie verbindet damit ehrenrührige Beschuldigungen, die mein Buch *Revolution der Weltpolitik* (873 Seiten, Prag/Paris 1939) betreffen, und zwar schon zum zweitenmal. In der «Sozialistischen Warte» richtete sie an mich am 28. Juli 1939 «Eine Anfrage», auf die ich ausführlich geantwortet habe. Ich las zweimal die Korrekturen und erteilte das Imprimatur. Die Berichtigung erschien nie. Die Zeitschrift brachte dagegen weitere Angriffe aus dem Kreis von Freunden und Feinden der «SM» gegen mich und mein Buch, aber Berichtigungen nur, wenn sie gerichtlich zugestellt wurden. Diesmal erhält aber Anna Siemsen auf ihre Fragen und Behauptungen die Antwort öffentlich.

Da mir das Schicksal nun seit 25 Jahren ein Sprechamt für Joseph Bloch aufgetragen hat, muß ich ein Wort über seine Konzeptionen und eine Berichtigung ihrer Darstellung durch Siemsen im gleichen Artikel vorausschicken. Hat auch Bloch mit wenigen Ausnahmen seine Welt allein durch die Beiträge aller seiner Mitarbeiter auf den 35 000 Seiten seiner Zeitschrift zum Ausdruck gebracht, so geschah dies mit einer Gründlichkeit, die Unklarheiten ausschließt. Bloch erkannte schon vor 1900, daß die Entwicklung der Produktionskräfte von der Marktpolitik der europäischen Nationalstaaten zur Bildung «imperialer» Märkte drängt. Solange die Weltpolitik deren Gestaltung verhindert, werden Weltkriege um den Weltmarkt und um die Weltvorherrschaft nicht zu vermeiden sein. Das ist der Sinn der «Kontinentalpolitik», die zur Blochschen *Imperialpolitik* gehört. Ihre Doktrin ist zum erstenmal von mir in der «Revolution der Weltpolitik» («RdW») dargestellt worden. Ich nenne sie das *Gesetz der fünf Imperien*. Die Kontinentalpolitik ist an sich weder «kapitalistisch» noch «sozialistisch», sondern dient einem Produktionsgebot, das unter jeder Wirtschaftsform hervortreten muß. Sie ist aber die Voraussetzung des europäischen Sozialismus. Die fünf Imperien bilden ein «Weltgleichgewicht», das den Frieden gewährleistet. Jedes Imperium entwickelt aus seinen eigenen Traditionen und Bedingungen autonom seinen eigenen Sozialismus. Das Ergebnis ist der «Weltsozialismus». Um welche Art Sozialismus es sich handelt, drückt mein Wort *Produktionssozialismus* aus. Seine Institutionen (die *Wirtschaftsparlamente*) sollen das Unheil der *Staatwirtschaft* verhindern. Erst seit Blochs Tod spreche ich von einem *Blochschen Sozialismus*. Er stellt der Menschheit nur Aufgaben, die sie lösen kann und muß, «da die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß